

fällig werden soll, die nicht zum Aufgabenkreis des Zentralverbandes gehören. Wenn wir wissenschaftliche Fragen zu lösen haben, so sollen diese vom Zentralverband aus und nicht in anderen Vereinen behandelt werden. Herr Firl äußert starke Bedenken gegen den Beitritt des Zentralverbandes. Da die Fabrikation das ausschlaggebende Moment in der Gesellschaft ist, wird auch durch das eventuell vom Zentralverband zu kooptierende Vorstandsmitglied nicht der genügende Einfluß des Zentralverbandes gewährleistet sein. Es müsse ein Ausweg gefunden werden, damit der Zentralverband als Mitträger der Gesellschaft für Zeitmeßkunde anzusprechen ist.

Herr Verbandsdirektor König weist darauf hin, daß die Abgrenzung der Arbeitsgebiete des Zentralverbandes und der Gesellschaft nötig ist, damit nicht von zwei Stellen dieselbe Arbeit geleistet wird, die notwendigerweise bei der Verschiedenheit der Arbeitsmethoden auch zu verschiedenen Ergebnissen führen muß. Infolge des von der diesjährigen Frühjahrs-Hauptausschußsitzung gefaßten Beschlusses auf Errichtung einer Prüfstelle und weiterhin durch die bereits eingerichtete Konjunkturstatistik ist der Zentralverband bereits in ein neues Arbeitsgebiet eingedrungen. Man kann also friedlich neben der Gesellschaft produktive Arbeit leisten. Sehr wichtig ist, daß künftighin ähnliche Gründungen ausgeschlossen sind. Man muß sich vorher verständigen, also nicht den Zentralverband vor eine vollendete Tatsache stellen.

Herr Kerckhoff betont, daß mit der Gesellschaft für Zeitmeßkunde ein freundschaftliches Verhältnis angestrebt werden müsse, damit auch die Abgrenzung der beiderseitigen Arbeitsgebiete festgestellt wird. Da eine Mitgliedschaft zum Zentralverband der Gesellschaft nicht zugemutet werden könnte, muß ein Weg gefunden werden, damit der Zentralverband Träger der Gesellschaft wird. Auf dieser Basis soll in Zusammenarbeit mit Herrn Kames weiter in Verhandlungen eingetreten werden.

Herr Kerckhoff stellt fest, daß sich der Gesamtvorstand diesen Anträgen anschließt.

Das Referat zum nächsten Punkt:

Warenhausbelieferung

hatte Herr Verbandsdirektor König übernommen. An den Zentralverband war eine Anregung aus Fabrikantenkreisen gelangt, die markenlosen Uhren mit Rücksicht auf einzelne Schwarzwälder Fabriken, die grundsätzlich Warenhäuser beliefern, freizugeben. Die großen Warenhäuser bemühen sich, auch Markenuhren zu erhalten, trotzdem dieser Artikel infolge seiner langsamen Umschlagsdauer nicht mit den kaufmännischen Interessen der Warenhäuser harmoniert. Mit dem Reichswirtschaftsministerium steht noch eine Unterredung in dieser Frage aus. Es besteht die Gefahr, daß die Lieferanten, die bisher im Interesse der Erhaltung der Uhrmacherkundschaft die Belieferung der Warenhäuser abgelehnt haben, bei Freigabe der markenlosen Uhren diese nun forciert anbieten und daß dann auch mit viel größeren Schwierigkeiten als bisher die eigentliche Markenware hier ferngehalten werden kann. Man soll deshalb besser den bisherigen Standpunkt weiter vertreten.

Die Aussprache ergibt, daß die Warenhäuser die guten Qualitätsuhren im allgemeinen mit einem größeren Nutzen zu verkaufen pflegen als der Uhrmacher. Der in dem vorliegenden Schreiben von Fabrikantenseite geäußerte Hinweis, daß bei der billigen Ware die Verdienstspanne des Einzelhandels herabgesetzt werden müsse, ist an eine falsche Adresse gerichtet, da im Verhältnis zu dem vorgeschlagenen Aufschlag der Aufschlag des Großhandels viel zu hoch sei. Dieser Umstand beweist, daß hier Verhandlungen nötig sind, um die Interessen, die ja

doch in dieser Frage bei Fabrikation, Groß- und Kleinhandel letzten Endes dieselben sind, auszugleichen.

Gegen einen Vorschlag, mit dem Warenhausverband in Verhandlungen einzutreten, um eine Verständigung in der Preisfrage zu erzielen, wird von den Herren Gohlke, Inkoferer und Hoffmeister als schwerwiegendes Bedenken geltend gemacht, daß die Warenhäuser die Uhren aus den verschiedensten Gründen absetzen. So handelt es sich oftmals hier um einen Lockartikel für das Publikum, der also unter Außerachtlassung der sonst üblichen kaufmännischen Kalkulation nur mit Rücksicht auf den zu erwartenden höheren Umsatz in anderen Branchen entsprechend niedriger kalkuliert wird. Diesen Gesichtspunkten kann natürlich das reine Uhrenfachgeschäft nicht folgen, so daß also derartige Einigungsversuche aussichtslos erscheinen.

Der Vorsitzende Herr Kerckhoff stellt nach einer längeren Aussprache fest, daß der Gedanke einer Verständigung über die Frage der Warenhausbelieferung von allen Herren in seiner ganzen Bedeutung gewürdigt werde. Er werde nicht abgelehnt, sondern weiter behandelt, um Mittel und Wege zu finden, um uns eine möglichst günstige Position zu sichern. Es sollen Erhebungen angestellt und Klärung geschaffen werden, wobei auch persönliche Verhandlungen mit den an diesen Fragen interessierten Stellen am Platze sind. Der nächsten Hauptausschußsitzung soll dann zwecks Beschlußfassung Bericht erstattet werden.

Mit dieser Regelung der Warenhausbelieferungsfrage sind alle Herren des Vorstandes einverstanden.

Ein Anfrage des Herrn Magdeburg über die Lehrlingsstatistik

wird dahin beantwortet, daß die neuen Erhebungsbogen allen Innungen zugegangen sind. In Anbetracht der großen Bedeutung für die zukünftige Entwicklung unseres Gewerbes müssen die Bogen nach dem Stande des 1. Oktober d. J. vollzählig an die Geschäftsstelle zurückgereicht werden, damit nicht, wie im Vorjahr, infolge Nachlässigkeit einer Anzahl Innungen die Arbeit zum größten Teil unnütz geleistet wird.

Eine rege Aussprache setzte von seiten aller anwesenden Herren über

die Herausgabe einer Reparaturpreisliste, aufgebaut auf Arbeitszeiten

ein, die im Druckentwurf vorliegt. Es soll in wirkungsvoller Form das Zeichen des Fachgeschäftes aufgedruckt werden. Die Rechnung soll unseren Kollegen bei der Propaganda dem Publikum gegenüber gute Dienste leisten. Die Preisliste soll allen Kollegen zur Kenntnis übermittelt und zur Benutzung empfohlen werden.

Zum Punkt

Verschiedenes

wird zunächst beschlossen, zwischen dem Zentralverband und dem Verbandsgeschäftsführer, Herrn Direktor König, einen Anstellungsvertrag abzuschließen, da bisher ein solcher noch nicht getätigt ist. Der Vorstand soll nach dieser Richtung hin das Erforderliche veranlassen.

Ein Antrag des Herrn Fleig, Mittel zu finden, um ähnliche Vorkommnisse wie in München zu verhindern, wo bewährte Männer durch nicht gerade parlamentarische Art veranlaßt wurden, aus ihren seit Jahren innegehabten Ehrenämtern auszusteigen, wird dahin geklärt, daß der Münchener Fall nur auf die ungenügende Verständigungsmöglichkeit in dem großen Verhandlungssaal zurückzuführen war. Eine Wiederholung solcher Mißstände wird in Zukunft vermieden, eventuell soll von dem Schließungsrecht der Versammlung Gebrauch gemacht werden.